



# KOK NEWSLETTER . 01 // 10

## INHALT

BERLIN, 01.04.2010

### Kurzmitteilungen

- A. Neuigkeiten** \_\_\_\_\_ 1-5
- B. Veröffentlichungen des KOK** \_\_\_\_\_ 6
- C. KOK-interne Veranstaltungen** \_\_\_\_\_ 6
- D. Veranstaltungen** \_\_\_\_\_ 6-8
- E. Gesetzliche Neuerungen** \_\_\_\_\_ 8-9
- F. Informationsmaterial und Publikationen** \_\_\_\_\_ 9-11

### Rubrik Wissen

- Aktuelle Projekte des KOK e.V.** \_\_\_\_\_ 12-14

## A. NEUIGKEITEN

---

### +++ Augsburger Sexclub: Staatsanwalt legt Beschwerde ein

Die Zeitung Augsburger Allgemeine berichtete am 10.01.2010, dass das Augsburger Landgericht die Anklage gegen das Bordell Colosseum wegen Schwarzarbeitförderung abgewiesen hat. Es begründete seine Entscheidung damit, dass die Prostituierten von den Freiern und nicht vom Colosseum bezahlt werden und somit als Selbstständige arbeiten würden. Der leitende Staatsanwalt Reinhard Nemetz kritisierte das Urteil, da das Landesgericht bereits 2008 eine Klage wegen dirigistischer Zuhälterei mit der Begründung, dass die Prostituierten selbst die Bedingungen im Betriebsablauf akzeptieren, abwies. Nach Nemetz basierte diese Entscheidung auf der Feststellung, dass die Prostituierten als Angestellte im Betrieb beschäftigt sind. Diese Feststellung sei jedoch nicht konform mit dem neu gefällten Urteil. Er kündigte an, Beschwerde gegen das Urteil einzulegen. Der Artikel kann [hier](#) eingesehen werden.

### +++ BUG-Diskriminierung muss nicht hingenommen werden!

Das [Büro zur Umsetzung von Gleichbehandlungen](#) (BUG) hat sich im April letzten Jahres in Berlin konstituiert und sich als Ziel gesetzt, für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft in Deutschland einzutreten. Es unterstützt daher Klagen gegen Diskriminierungen im Rahmen des Allgemeinen Gleichstellungsgesetz (AGG), übernimmt Gerichtskosten und stellt einen Anwalt/eine Anwältin, der/ die Rechtsvertretungen vor Gericht übernimmt. Das BUG zielt auf strategische Klagen ab, die nicht nur die einzelne Person betreffen, sondern für eine ganze Gruppe gelten. Weitere Angaben und Kriterien:

<http://www.bug-ev.org/images/stories/SelbstdarstellungDruck.pdf>.

### +++ Studie über europäische Hotline für Opfer von Menschenhandel

[La Strada International](#) (LSI) wurde im November 2009 von der europäischen Kommission beauftragt, eine Studie über die Durchführbarkeit einer europaweit einheitlichen Hotline sowie eine Beurteilung der bereits bestehenden Hotlines durchzuführen. Die Studie wurde von dem [Sozialwissenschaftlichen FrauenForschungsInstitut Freiburg](#) in Zusammenarbeit mit Mike Dottridge und Marjan Wijers und La Strada International durchgeführt. Im LSI-newsletter 15 wird berichtet, dass die Ergebnisse im Oktober 2009 der Kommission vorgestellt wurden. Festgestellt wurde, dass die Situationen bzgl. der Hotlines in den 27 Mitgliedsstaaten sehr unterschiedlich und daher schwer zu vergleichen seien. Zudem gebe es nur wenige Daten und nur ein kleiner Prozentsatz der AnruferInnen würde wirklich Opfer von Menschenhandel sein. Es sei derzeit kein klar erkennbarer Bedarf für eine europaweite Hotline auszumachen. Die Studie weist zudem auf die Notwendigkeit weiterer Erhebungen hin und darauf, dass grundlegende Bedingungen garantiert, einheitliche Minimumstandards entwickelt und die Kooperation zwischen den Beratungsstellen vertieft werden müsste.

[http://www.lastradainternational.org/documents/Newsletter\\_15\\_09.pdf](http://www.lastradainternational.org/documents/Newsletter_15_09.pdf)

Die EU-Sozialminister haben am 8. März im Rahmen ihrer Schlussfolgerungen zur Bekämpfung von Gewalt an Frauen zur Einrichtung einer europaweiten Helpline für von Gewalt betroffene Frauen aufgerufen. Die Pressemitteilung ist hier einzusehen:

<http://www.eu-info.de/dpa-europaticker/167838.html>

### +++ UNIFEM: neue globale Aktionsplattform

Am 6. November 2009 begann [UNIFEM](#) die weltweite Initiative „[Say NO - UNiTE to End Violence against Women](#)“. Die Kampagne möchte „Aktionen zur Beendigung von Gewalt gegen

Frauen und Mädchen stimulieren, zählen und sichtbar machen“. Bis März 2010 sollen 100.000 und bis November 2010 eine Million Projekte angestoßen werden. Aktionen können von Individuen, Regierungen und zivilgesellschaftlichen PartnerInnen organisiert werden und von Informationsveranstaltungen, Freiwilligenarbeit, Einsatz für Gesetzesänderungen bis hin zu Geldspenden an Programme, die Frauen und Mädchen vor Gewalt schützen, alles umfassen. Die Aktionsplattform stellt somit einen globalen Aufruf zum Handeln gegen Gewalt an Frauen dar. <http://www.saynotoviolence.org/>

### **+++ MigrAr: Kampf für die Rechte von ArbeitnehmerInnen ohne gesicherten Aufenthaltsstatus**

Das Arbeitsgericht Celle hat der Klage eines illegal in Deutschland arbeitenden Serben über Lohnnachzahlungen aus einem undokumentierten Arbeitsverhältnis stattgegeben. Emilija Mitrović von der gewerkschaftlichen Anlaufstelle von ver.di für MigrantInnen ohne gesicherten Aufenthalt, [MigrAr](#), in Hamburg begrüßte diese Entscheidung, da die grundlegenden Arbeitsrechte für jedeN BeschäftigteN, unabhängig vom Aufenthaltsstatus gelten. Dazu gehören neben dem Recht auf angemessenen Lohn auch der Unfallschutz, Mindesturlaub und die Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall. Jedoch befinden sich undokumentierte ArbeitnehmerInnen oft in prekären oder ausbeuterischen Situationen und vermeiden den Rechtsweg, um ihre Rechte einzuklagen. Die Geltendmachung von Lohnansprüchen vor den Arbeitsgerichten ist grundsätzlich auch ohne den Besitz eines Aufenthaltstitels möglich. Allerdings kann die Beschreitung des Rechtsweges dazu führen, dass die Ausländerbehörde Kenntnis von dem Aufenthalt erhält.

(Im Magazin Mitbestimmung, Ausgabe 12/2009, Seite 38ff, [www.magazin-mitbestimmung.de](http://www.magazin-mitbestimmung.de)).

### **+++ Menschenrechtsgerichtshof verurteilt Zypern und Russland wegen Sklaverei**

Der [Europäische Gerichtshof für Menschenrechte](#) hat Zypern und Russland wegen Menschenhandel und Sklaverei im Falle einer 21-jährigen Russin verurteilt. Diese war im März 2001 mit einem KünstlerInnenvisum nach Zypern gekommen, um als Künstlerin in einem Kabarett zu arbeiten. Die junge Frau habe allerdings die Arbeit nach ein paar Tagen aufgegeben. Der Lokalbesitzer hatte die Frau daraufhin zur Polizei gebracht und als illegal Eingereiste angezeigt. Da die Polizei nach Prüfung der Papiere nichts zu beanstanden hatte, nahm der Lokalbesitzer die Frau wieder mit. Wenige Tage später starb sie durch einen Sturz aus dem Fenster der Wohnung eines Freundes des Lokalbesitzers. Die genauen Todesumstände wurden nie aufgeklärt. Der Straßburger Gerichtshof wirft Zypern daher vor, durch das KünstlerInnenvisum Menschenhandel und Sklaverei zu fördern. Außerdem, so heißt es in dem Urteil, hätte die Polizei die junge Frau nicht wieder dem Lokalbesitzer anvertrauen dürfen. Moskau wiederum habe nicht aufgeklärt, wie und von wem die junge Frau in Russland angeworben wurde. Beide Staaten müssen dem Vater der Toten nun Schmerzensgeld zahlen.

<http://www.123recht.net/Menschenrechtsgericht-verurteilt-Zypern-und-Russland-wegen-Sklaverei-a56456.html>

### **+++ Gedenkfeier für Hatun Sürücü**

Am 5. Todestag, dem 07.02.2010, fand für Hatun Sürücü eine [Gedächtnisfeier](#) statt. Die Ermordung von Hatun Sürücü durch ihren Bruder wurde als so genannter Ehrenmord bekannt, da sie nicht weiter in einer durch Zwangsverheiratung gegründeten Ehe leben wollte, sondern ein selbstbestimmtes Leben führen wollte. Der Vorfall führte damals zu einer neuen Diskussion über Zwangsehen. Zum Gedenken hatten der Türkische Bund in Berlin-Brandenburg sowie "Terre des Femmes" aufgerufen, die zudem Konzepte gegen Zwangsverheiratung und gegen Gewalt gegen Frauen forderten, die auch die muslimische Gemeinschaft mit einbeziehen.

[http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/veranstaltungen/Presseerklaerung\\_Gedenken\\_an\\_Hatun\\_Sueruecue.pdf](http://www.frauenrechte.de/tdf/pdf/veranstaltungen/Presseerklaerung_Gedenken_an_Hatun_Sueruecue.pdf)

### +++ Gesundheitliche Vorsorge von MigrantInnen verbessern

Die [SPD-Landtagsfraktion Rheinland-Pfalz](#) hat eine „kultursensible Weiterbildung des medizinischen Personals, die vermehrte Beschäftigung von Menschen mit Migrationshintergrund, die interkulturelle Öffnung der Regeleinrichtungen des Gesundheitswesens, den Ausbau von mehrsprachigen, kulturspezifischen und niedrigschwelligen Präventionsangeboten sowie eine intensivere Einbeziehung von Migrantenorganisationen“ gefordert. Es sei erforderlich, die Lebenssituation von MigrantInnen, die auch die gesundheitliche Vorsorge beinhaltet, zu beachten.

### +++ Bundesregierung: Kein Lagebericht zu Kinderhandel

Anlässlich der kleinen Anfrage von Abgeordneten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ([Drucksache 17/92](#)), erklärte die Bundesregierung, dass sie trotz Forderungen vieler Fachverbände keinen Lagebericht zu Kinderhandel erstellen wird. Es bestehe „kein Bedarf für die Erstellung eines spezifischen Lagebildes „Kinderhandel“, da dieser Bereich durch das bereits bestehende Bundeslagebild „Menschenhandel“ mit abgedeckt“ werde. Außerdem seien die Opferzahlen zu niedrig (2005: 3 Kinder unter 14 Jahre, 2006: keine, 2007: 7 und 2008: 20), um eine aussagekräftiges Lagebild anzugeben. Zu diesem Beschluss sei zudem die polizeiliche Bundesländer-Kommission Kriminalitätsbekämpfung (KKB) gekommen.

Drucksache: <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/002/1700251.pdf>

### +++ Freier Zugang zu Frauenhäusern

In einer Bundestagsrede forderte die [Bündnis 90/Die Grünen-Abgeordnete Monika Lazar](#) die Bundesregierung auf, gemeinsam mit den Ländern Gespräche zu führen, damit Frauen unabhängig von ihrem rechtlichen und finanziellen Status Zugang zu Frauenhäusern haben. Die Finanzierung der Frauenhäuser laufe immer häufiger durch Tagessätze ab. Dadurch würden Frauen wie volljährige Schülerinnen oder Auszubildende, die keinen Anspruch auf Leistungen nach dem SGB II haben, keinen freien Zugang mehr gewährt bekommen. Um auch Migrantinnen eine optimale Versorgung zu ermöglichen, sei es zudem notwendig, dass die räumliche Beschränkung im Aufenthaltstitel schneller aufgehoben werden kann. Auch die Finanzierung von Kosten für das Dolmetschen müsse sichergestellt sein. Als positive Beispiele wurden die Länder Schleswig-Holstein, Berlin und Brandenburg genannt.

[http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/320/320092.finanzierung\\_der\\_frauenhaeuser.html](http://www.gruene-bundestag.de/cms/bundestagsreden/dok/320/320092.finanzierung_der_frauenhaeuser.html)

### +++ Umsetzung des Antidiskriminierungsverbot gefordert

Nachdem die EU-Kommission im Oktober 2009 Deutschland aufgefordert hatte, die EU-Vorschriften zum [Verbot](#) der [Diskriminierung](#) aufgrund des Geschlechts in Beschäftigung und Beruf vollständig umzusetzen, prüft die Bundesregierung gegenwärtig die Umsetzung im deutschen Recht. „Laut Auffassung der Kommission gewährleisten die nationalen Rechtsvorschriften nicht das in der Richtlinie geforderte Schutzniveau, da sie die Diskriminierung aufgrund des Geschlechts bei Kündigungen nicht wie in der Richtlinie gefordert verbieten“. Hintergrund ist die umstrittene Vorschrift des § 2 Abs. 4 AGG, wonach für Kündigungen ausschließlich die Bestimmungen zum allgemeinen und besonderen Kündigungsschutz gelten. Daher fordert die europäische Kommission entweder eine Änderung des deutschen Kündigungsschutzgesetzes oder eine Änderung im Allgemeinen

Gleichbehandlungsgesetz, die deutlich macht, dass das darin verankerte Verbot von Diskriminierungen auch für Kündigungen gilt.

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=609>

### **+++ 30 Jahre UN- Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Frauendiskriminierung und 15 Jahre Peking-Deklaration**

Ende letzten Jahres ist das UN-Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW) 30 Jahre alt geworden und in diesem Jahr steht die kritische Prüfung der Umsetzung einer weiteren, für die Rechte der Frauen grundlegenden Deklaration an, die so genannte Peking-Deklaration und die Aktionsplattform für Gleichberechtigung, Entwicklung und Frieden aus dem Jahr 1995. Die „UN-Commission on the Status of Women“ (CSW) hat sich im März mit den Entwicklungen und Umsetzungsmaßnahmen zur Pekinger Aktionsplattform kritisch auseinandergesetzt. <http://www.un.org/womenwatch/daw/beijing15/index.html>

### **+++ Kampagne zur FIFA Weltmeisterschaft 2010**

Die „[Red Light 2010 Campaign](http://www.redlight2010campaign.org/)“ ist eine soziale Bewegung von Organisationen aus allen 14 Ländern der South African Development Community (SADC), die gegen Menschenhandel kämpfen. Gemeinsam fordern sie die Regierungen auf, Maßnahmen zur Bekämpfung des Menschenhandels zu ergreifen, die verantwortlichen Institutionen für eine bessere Umsetzung zu stärken sowie durch weitere politische Maßnahmen und Gesetze Frauen und Kinder vor sexueller Ausbeutung zu schützen. Die Red Light 2010 Campagne zielt darauf ab, einen Beitrag zu einer stärkeren Sensibilisierung für die Menschenrechte, das Geschlechts, und das Recht und den Menschenhandel in der Region des südlichen Afrika zu leisten

(<http://www.redlight2010campaign.org/>)

### **+++ Zunahme der Anzeigen bei häuslicher Gewalt**

Das Land [Hessen](#) und [Bremen](#) haben Zahlen über die gestellten Anzeigen wegen häuslicher Gewalt veröffentlicht. 2008 wurden in Hessen 9.377 und in Bremen 2.161 Fälle wegen häuslicher Gewalt registriert. Beide Länder begrüßten den deutlichen Anstieg der Anzeigen im Vergleich zu den Vorjahren, die auf ein sich verändertes Bewusstsein in der Bevölkerung zurückgeführt werden könne. Außerdem würden auch immer mehr Frauen mit Migrationshintergrund die rechtlichen Möglichkeiten, sich zu schützen, nutzen. Jedoch verwiesen sie ebenfalls auf die Dunkelziffer, die immer noch wesentlich höher liege.

### **+++ „Frauenrechte sind nicht verhandelbar“**

Das Frauenhilfswerk [medica mondiale](#) (Köln) hat die Bundesregierung aufgefordert, bei einer Neuausrichtung der Afghanistan Politik und der diskutierten Einbindung der Taliban in den Friedensprozess die Frauenrechte zu schützen. Zwar begrüße medica mondiale die neue Richtung der Afghanistan Politik, allerdings dürften dadurch nicht die Frauenrechte zur Diskussion stehen. Stattdessen sollten die Rechte der Frauen zur Auflage für die Gespräche gemacht werden.

[http://www.medicamondiale.org/home/single-artikel/?tx\\_ttnews\[tt\\_news\]=44&cHash=e27b6c70ff](http://www.medicamondiale.org/home/single-artikel/?tx_ttnews[tt_news]=44&cHash=e27b6c70ff)

### **+++ Equal Pay Day**

Der vom Frauennetzwerk Business and Professional Women ([BPW](#)) Germany erstmals 2008 organisierte [Equal Pay Day](#) in Deutschland, hat in diesem Jahr am 26. März statt gefunden. Das seit Anfang 2009 bestehende nationale Aktionsbündnis, zu dem die Bundesarbeitsgemeinschaft

der kommunalen Frauenbüros und Gleichstellungsstellen ([BAG](#)), die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände ([BDA](#)), der Deutsche Frauenrat ([DF](#)) und der Verband deutscher Unternehmerinnen ([VdU](#)) gehören, möchten auf die immer noch bestehende Ungleichheit imlohneinkommen zwischen Männern und Frauen aufmerksam machen. Deutschlandweit wurden daher am 26. März unterschiedliche Aktionen und Veranstaltungen durchgeführt. Unterstützt wird die Organisation und Durchführung des nationalen Aktionsbündnis auch vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend ([BMFSFJ](#)). Mehr Informationen unter: <http://www.equalpayday.de>

### +++ 54. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen

Bei der 54. Sitzung der Frauenrechtskommission der Vereinten Nationen in New York diskutierten VertreterInnen aus knapp 200 Staaten über die nachhaltige Weiterentwicklung der Strategien zur Durchsetzung der Gleichstellung von Frauen und Männern weltweit. Unter ihnen auch Dr. Hermann Kues, parlamentarischer Staatssekretär im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend. Kues betonte, dass zwar bei der Gleichstellung von Frauen und Männern wegweisende Fortschritte erzielt worden seien, diese jedoch kein Grund zum Zurücklehnen seien. Gleichstellungspolitik müsse „Lebenslaufpolitik sein und zielgenaue Hilfen bei den kritischen Übergängen im Lebenslauf anbieten“. Außerdem sicherte er die Unterstützung Deutschland bei den Forderungen der [Resolution 1325](#) des UN-Sicherheitsrates zu Frauen, Frieden und Sicherheit in vollem Umfang zu. Die Resolution gibt Richtlinien für eine geschlechtergerechte Friedens- und Sicherheitspolitik vor und fordert insbesondere dazu auf, „konkrete Maßnahmen zur Förderung der Rolle von Frauen in der Konfliktbeilegung zu ergreifen“. Die Pressemitteilung kann [hier](#) eingesehen werden.

### +++ Neue OSZE-Sonderbeauftragte für die Bekämpfung des Menschenhandels

Die italienische Richterin und EU-Kommissionsexpertin Maria Grazia Giammarinaro ist von der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) zur neuen Sonderbeauftragten und Koordinatorin für die Bekämpfung des Menschenhandels ernannt worden. Seit Januar ist sie im Amt, das sie von Eva Biaudet übernommen hat. <http://www.osce.org/cthb/13000.html>

### +++ Sechstes Nachrichtenblatt des IGB

Das internationale [Gewerkschaftsbündnis gegen Zwangsarbeit und Menschenhandel](#), das vom [Internationalen Gewerkschaftsbund](#) (IGB/ITUC) angeführt wird, veröffentlichte ihr sechstes Nachrichtenblatt ([http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/FL\\_Newsletter\\_6\\_-\\_DE\\_FINAL.pdf](http://www.ituc-csi.org/IMG/pdf/FL_Newsletter_6_-_DE_FINAL.pdf)). Darin wird u. a. berichtet, dass der Paneuropäische Regionalrat des IGB eng zusammen mit Anti-Slavery und La Strada zusammenarbeitet, um einen europäischen Zusammenschluss zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Arbeitskraftausbeutung aufzubauen. Zum 20-jährigen Bestehen der Konvention zum Schutz der Rechte von MigrantInnen startet der Internationale Lenkungsausschuss für die Kampagne zur Ratifizierung der UN-Konvention zum Schutz der Rechte von MigrantInnen eine [weltweite Kampagne](#), in der es dazu aufrief, den Missbrauch von WanderarbeiterInnen durch einen stärkeren Schutz ihrer Menschenrechte zu beenden.

## **B. VERÖFFENTLICHUNGEN DES KOK**

---

### **+++ Stellungnahme des KOK e. V. zur Zwangsverheiratung**

Im Rahmen der aktuellen politischen Entwicklungen hat sich der KOK mit dem Thema Zwangsverheiratung auseinander gesetzt und die Entwicklungen kurz kommentiert. Wir greifen hierbei insbesondere die Entwicklungen aus dem Koalitionsvertrag, die Bundesverwaltungsvorschriften zum Aufenthaltsgesetz sowie den Gesetzentwurf zum so genannten Zwangsverheiratungs-Bekämpfungsgesetz auf und zeigen auf, dass trotz dieser Entwicklungen wesentliche Maßnahmen, welche notwendig wären, um die Betroffenen zu unterstützen, nicht aufgegriffen werden. Der Text ist auf der KOK-Webseite abrufbar oder [hier](#).

### **+++ Studie zum Thema Ausbeutung der Arbeitskraft**

Ende März veröffentlichte der KOK e.V. eine Studie zu dem Thema „Politische Instrumente zur Bekämpfung des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft in Deutschland - Bestandsaufnahme und Empfehlungen“. Autorinnen sind Claudia Franke, Sarah Schwarze und Nicole Garbrecht. Die Studie beschäftigt sich mit der Identifizierung politisch notwendiger Instrumente gegen Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft in Deutschland. Besonders seit der Einführung des entsprechenden Straftatbestandes (§233 StGB) im Jahr 2005 ist Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung auch in Deutschland stärker in den Fokus des politischen und gesamtgesellschaftlichen Interesses gerückt. In der Studie werden daher die bestehenden und erprobten Instrumente gegen Menschenhandel zur sexuellen Ausbeutung in Deutschland beschrieben und ihre Übertragbarkeit auf den Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung geprüft. Für die finanzielle Unterstützung möchten wir uns herzlich bei Filia- die Frauenstiftung bedanken. Die Studie kann über die KOK-Webseite abgerufen oder [hier](#) heruntergeladen werden.

## **C. KOK-INTERNE VERANSTALTUNGEN**

---

### **+++ Erste KOK-Mitgliederversammlung in 2010**

Am 22.03.2010 fand die Mitgliederversammlung des KOK e. V. bei IN VIA im Haus der Caritas in Berlin statt. Im Mittelpunkt stand die Vorstellung der Studie „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“, die der KOK im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales (BMAS) durchführt (siehe auch Rubrik Wissen in diesem Newsletter) sowie die Diskussion möglicher Unterstützungsmaßnahmen.

## **D. VERANSTALTUNGEN**

---

### **+++ Wohnen. In Würde**

Am 19. Januar lud [Amnesty International](#) zu einer Ausstellung der Fotografien über Wohnbedingungen in Slums von Jonas Bendiksen ein. Zudem wurde über die Arbeit der Unabhängigen Expertin der UNO für Menschenrechte und extreme Armut, Magdalena Sepúlveda Carmona und über die eigene Kampagne „Wohnen. In Würde.“ informiert.

### +++ Tagung in Magdeburg: Zwangsheirat ächten – Zwangsheirat verhindern!

Am 12. Februar fand in Magdeburg eine durch Vera organisierte Fachtagung zu dem Thema „Zwangsheirat ächten – Zwangsheirat verhindern!“ statt. Als Referentinnen waren Regina Kalthegener und Corinna Ter-Nedden eingeladen. Begrüßungsworte wurden von Margarita Tukuser von Vera, der AWO-Landesvorsitzenden Petra Grimm-Benne sowie von Beate Bröcker vom Ministerium für Gesundheit und Soziales des Land Sachsen-Anhalt gesprochen. Naile Tanis vom KOK e.V. moderierte die Veranstaltung.

[http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek\\_Integrationsportal/Dokumente/Veranstaltungen/Februar/Einladungsflyer\\_Fachtagung\\_Vera\\_2010.pdf](http://www.sachsen-anhalt.de/LPSA/fileadmin/Elementbibliothek/Bibliothek_Integrationsportal/Dokumente/Veranstaltungen/Februar/Einladungsflyer_Fachtagung_Vera_2010.pdf) )

### +++ Veranstaltung: Aktuelle Herausforderungen im Flüchtlingsschutz

Das [ECCHR](#) (European Center For Constitutional And Human Rights) lud am Donnerstag, den 21.01.2010 zu einer [Veranstaltung](#) mit Dr. Tillmann Lühr, Referent in der SPD-Bundestagsfraktion, ein. Der Vortrag handelte von den aktuellen Problemen des internationalen, europäischen und deutschen Flüchtlingsschutzes, wie zum Beispiel der prekäre Status hunderttausender Geduldeter oder der fehlenden Umsetzung der Kinderrechts-Konvention. Außerdem wurden politische Handlungsperspektiven aufgezeigt und diskutiert.

### +++ Vortrag: Frauenmorde in Oaxaca, Mexico – Strafflosigkeit und Gegenstrategien

Am 31.01.2010 organisierten das [ECCHR](#), die [Deutsche Menschenrechtskoordination Mexiko](#) und das [Öku-Büro München](#) einen [Vortrag](#) zum Thema Frauenmorde in Oaxaca. Referentin war Yesica Sánchez, Rechtsanwältin und Menschenrechtsverteidigerin aus Oaxaca. Sie berichtete über die Situation und Bedingungen in Oaxaca.

### +++ Tagung: Frauenhandel – gestern und heute

Das [Aktionsbündnis gegen Frauenhandel in Bayern](#) und die [Solidaritätsaktion Renovabis](#) luden in Kooperation mit der [Hanns-Seidel-Stiftung](#) zum Weltfrauentag am 08.03.2010 zu einer [Fachtagung](#) zum Thema „Die Würde der Frau ist (un)antastbar. Frauenhandel gestern und heute“ ein. Gleichzeitig wurde das 10-jährige Bestehen des Aktionsbündnisses gegen Frauenhandel in Bayern gefeiert. Die Fachtagung beschäftigte sich mit geschichtlichen Aspekten und gegenwärtigen Methoden der Bekämpfung, sowie zukünftige Perspektiven gegen Frauenhandel. [http://www.gegenfrauenhandel.de/download/2010\\_Fachtagung\\_Frauenhandel\\_Muenchen\\_Programm.pdf](http://www.gegenfrauenhandel.de/download/2010_Fachtagung_Frauenhandel_Muenchen_Programm.pdf).

### +++ Workshop gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung

In Madrid fand vom 1.-3. Januar der [dritte Workshop](#) im Rahmen des zweijährigen Projekts von [Anti-Slavery International](#) und der International Trade Union Confederation/Pan-European Regional Council ([ITUC-PERC](#)) gegen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung statt. Überstützt wurde es von der Europäischen Kommission. Im Mittelpunkt des Seminars standen der Austausch von Erfahrungen bei der Bekämpfung von Zwangsarbeit und Menschenhandel, sowie die Stärkung und der Ausbau des europäischen Netzwerkes von Gewerkschaften und NGOs. Weitere Informationen sind zu finden unter: <http://perc.ituc-csi.org/spip.php?article360>.

### +++ Drittes Treffen in Madrid

Am 5. März 2010 fand das [dritte nationale Treffen](#) in dem Rahmen des Projektes „[Towards Global EU Action against Trafficking in Human Beings](#)“ statt, das von dem schwedischen Justizministerium und [IOM Wien](#) umgesetzt und vom dem Prevention of and Fight Against Crime Programme 2008 der European Commission unterstützt wurde.

Das Ziel war ein Beitrag zur Umsetzung des Action Oriented Paper (AOP), das am 1. Dezember 2009 vom Rat „Justiz und Inneres“ angenommen wurde. Einladung und Unterlagen unter: [http://www.iomvienna.at/index.php?option=com\\_content&view=category&layout=blog&id=71&Itemid=117&lang=de](http://www.iomvienna.at/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=71&Itemid=117&lang=de)

### +++ Einladung zum internationalen Frauentag

Die [Friedrich-Ebert-Stiftung](#) lud am 05.03.2010 zur Veranstaltung „[Schwestern zur Sonne, zur Gleichheit ... zur Integration! Erfahrungen und Erwartungen von Frauen an Politik und Gesellschaft](#)“ ein. [http://www.fes.de/sets/s\\_ver.htm](http://www.fes.de/sets/s_ver.htm)

### +++ Kinofilm „Die Fremde“

Ab 11. März ist der Kinofilm „[Die Fremde](#)“ im Majestic Filmverleih erhältlich. Der Film mit Sibel Kekilli handelt von der 25-jährigen Umay, die mit ihrem kleinen Sohn aus einer unglücklichen Ehe in Istanbul zurück nach Berlin zu ihren Eltern flieht. Dort möchte sie sich ein selbst bestimmtes Leben aufbauen. Ihre Familie zerbricht jedoch an den traditionellen Konventionen und Umay ist gezwungen, alle Brücken hinter sich abzureißen. Der Film wurde mit dem FBW-Prädikat „besonders wertvoll“ ausgezeichnet. Die offizielle Website zum Film mit allen Informationen ist [www.diefremde.de](http://www.diefremde.de).

## E. GESETZLICHE NEUERUNGEN

---

### +++ Neue EU-Rechtsvorschriften im Kampf gegen Menschenhandel

Am 29.03.2010 hat die EU-Kommission Vorschläge für Rechtsvorschriften vorgelegt, basierend auf dem Entschluss des EU-Parlaments vom 10. Februar ([P7\\_TA\(2010\)0018](#)), die die EU-Mitgliedstaaten verpflichten sollen, in der Strafverfolgung von MenschenhändlerInnen, Opferschutz und Prävention tätig zu werden. Um die europaweite Politik zur Bekämpfung des Menschenhandels wirksamer, sichtbarer und kohärenter zu machen sowie um die Ursachen von Menschenhandel anzugehen und die Zusammenarbeit mit Drittstaaten zu fördern, hat die Kommission vor, eineN EU-KoordinatorIn für die Bekämpfung des Menschenhandels zu benennen.

Unter anderem ist vorgesehen, dass Betroffenen eine Unterkunft bereitgestellt und sie medizinisch versorgt werden sollen. Sie sollen Zeugenschutz erhalten sowie kostenlosen Rechtsbeistand für das gesamte Verfahren, auch für die Beantragung einer finanziellen Entschädigung. Nach der Erörterung im Europäischen Parlament und im Ministerrat und nach der Genehmigung ist geplant, den Vorschlag in einzelstaatliches Recht umzusetzen. Weitere Informationen können [hier](#) eingesehen werden. Der Vorschlag für die EU-Richtlinie ist abrufbar unter: <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0095:FIN:DE:PDF>

**Der KOK wird den Vorschlag für die EU-Richtlinie prüfen und den weiteren Verlauf beobachten sowie darüber informieren.**

### +++ Forderung nach Strafmaß für Genitalverstümmelungen

Baden-Württemberg und Hessen haben einen Bundesrats-Antrag (Drucksache: 867/09) erstellt, dass Genitalverstümmelung als eigener Strafstandbestand im Strafgesetzbuch aufgenommen und nicht mit einer Freiheitsstrafe unter zwei Jahren geahndet werden soll. Auch Straftaten, die im Ausland begangen wurden, sollen unter das deutsche Strafrecht fallen, wenn die Betroffene ihren Wohnsitz oder gewöhnlichen Aufenthalt in Deutschland hat. Bis zur Volljährigkeit soll zudem keine Verjährung möglich sein. Als PDF ist der Gesetzesentwurf zu finden unter [http://www.bundesrat.de/cln\\_152/SharedDocs/Drucksachen/2009/0801-900/867-09\\_28B\\_29.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/867-09%28B%29.pdf](http://www.bundesrat.de/cln_152/SharedDocs/Drucksachen/2009/0801-900/867-09_28B_29.templateId=raw.property=publicationFile.pdf/867-09%28B%29.pdf).

### +++ Gesetzentwurf zur Bekämpfung von Zwangsverheiratung

Auf Initiative der Länder Hessen und Baden-Württemberg hat der Bundesrat am 12.02.2010 einen Gesetzesentwurf zur Bekämpfung von Zwangsverheiratung (Drucksache 36/10) beschlossen. Dieser soll nun im Bundestag behandelt werden. Das Gesetz soll einen neuen Tatbestand der Zwangsverheiratung in das Strafgesetzbuch aufnehmen, der mit einer Freiheitsstrafe von sechs Monaten bis zu zehn Jahren droht. Außerdem soll der Opferschutz durch mehrere Änderungen im Zivilrecht, z. B. die Verlängerung der Antragsfrist für die Aufhebung einer Zwangsverheiratung auf drei Jahre, verstärkt werden. Mehr Details, sowie die dazu gehörigen Dokumente unter: <http://www.lexisnexis.de/rechtsnews/einfuehrung-eines-neuen-straftatbestandes-der-zwangsheirat-vom-bundesrat-gefordert-175328>

## F. INFORMATIONSMATERIAL UND PUBLIKATIONEN

---

### +++ La Strada International veröffentlicht Jahresbericht 2008

La [Strada International](http://www.lastradainternational.org) veröffentlichte ihren Jahresbericht von 2008, indem es von den Ansätzen in der Bekämpfung von Menschenhandel in den neun La Strada Ländern berichtet, sowie damit verbundene soziale, politische und ökonomische Veränderungen. Zudem beschreiben sie ihre Bemühungen in der Präventionsarbeit, dem Lobbying und der Öffentlichkeitsarbeit. Es werden ebenfalls statistische Daten über die Betreuung von Menschenhandel betroffenen Personen, sowie dabei bestehende Engpässe genannt. Der Jahresbericht kann als PDF unter [http://www.lastradainternational.org/documents/Annual\\_Report\\_2008.pdf](http://www.lastradainternational.org/documents/Annual_Report_2008.pdf) gelesen werden.

### +++ Analyse der UNODC über Menschenhandel in Europa

Das Drogen- und Kriminalitäts-Büro der Vereinten Nationen ([United Nations Office on Drugs and Crime](http://www.unodc.org)) veröffentlichte eine Bericht über Menschenhandel in Europa (Titel: „Trafficking in Person: Analysis on Europe“, als PDF unter [http://www.unodc.org/documents/human-trafficking/Trafficking\\_in\\_Persons\\_in\\_Europe\\_09.pdf](http://www.unodc.org/documents/human-trafficking/Trafficking_in_Persons_in_Europe_09.pdf)). Der Report basiert auf Daten von 2003-2008 und berichtet von nationalen Reaktionen auf das Phänomen innerhalb des europäischen Kontexts. Zwar wären Verbesserungen bei der Sammlung von Daten festzustellen, jedoch sei Menschenhandel als Verbrechen in Europa weiterhin relativ unentdeckt.

### +++ 14. Policy Paper des Deutschen Instituts für Menschenrechte

Das [Deutsche Institut für Menschenrechte](http://www.dimr.de) hat im Dezember 2009 sein [14. Policy Paper](#)- „Das Recht auf Bildung für Kinder ohne Papiere. Empfehlungen zur Umsetzung“- herausgebracht. Das Recht auf Bildung sollte für alle Kinder, unabhängig von ihrem Aufenthaltsstaus, gelten. Als

wesentliches Hindernis wird hierbei die Übermittlungspflicht nach § 87 Abs. 2 AufenthG gesehen, die eingeschränkt werden müsste, um den Schulbesuch für Kinder ohne Papiere zu ermöglichen. Weitere Empfehlungen sind in der Publikation zu finden <http://www.institut-fuer-menschenrechte.de/de/publikationen.html>.

### +++ Newsletter von TAMPEP

Das in 25 europäischen Ländern arbeitende Netzwerk [TAMPEP](#) (European Network for HIV/STI Prevention and Health Promotion Among Migrant Sex Workers) berichtete in seinem Newsletter von den unterschiedlichen Arbeitsbereichen der 8. Phase ihres Projektes, die vom 01.12.2007 bis zum 01.12.2009 lief. Das Projekt soll durch Entwicklung, Austausch, Beförderung und Umsetzung von geeigneten Programmen und Strategien die HIV Infizierungen bei MigrantInnen, die in der Sexarbeit tätig sind, senken. Außerdem soll das europäische Netzwerk gestärkt werden. In dem Newsletter war zudem eine Zusammenfassung jedes teilnehmendes Land über dessen Zusammenarbeit mit nationalen Organisationen und durchgeführte Projekte, sowie dessen allgemeine Situation, rechtliche Lage und Verbesserungsmöglichkeiten. Der Newsletter ist zu finden unter: <http://tampep.eu/documents/TAMPEP8-Newsletter-II.pdf>

### +++ Migrationsbericht 2008

Am 03.02.2010 hat das [Bundesamt für Migration und Flüchtlinge](#) im Auftrag der Bundesregierung den [Migrationsbericht 2008](#) heraus gebracht. Er gibt einen Überblick über die Migrationsgeschehnisse in Deutschland und geht ausführlicher als bislang auf die Arbeitsmigration sowie die Abwanderung von Deutschen und MigrantInnen ein. Zum ersten Mal enthält der Migrationsbericht zudem ein Zusatzkapitel zu dem Thema Migration und Entwicklung.

Für den KOK e.V. von wesentlichem Interesse war, dass in 2008 nur 22 Personen, die Betroffenen von Menschenhandel wurden, eine vorübergehende Aufenthaltserlaubnis nach § 25 Abs. 4a AufenthG erhalten haben. Aus einer [kleinen Anfrage](#) der Abgeordneten Ulla Jelpke, Jan Korte, Sevim Dagdelen, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE geht hervor, dass im Jahr 2009 insgesamt 45 solcher Aufenthaltserlaubnisse erteilt worden sind (als PDF unter <http://dip21.bundestag.de/dip21/btd/17/006/1700642.pdf>). Der Migrationsbericht ist zu finden unter: [http://www.bamf.de/nn\\_442942/DE/Migration/Forschung/Ergebnisse/Migrationsberichte/migrationsberichte-node.html?nnn=true](http://www.bamf.de/nn_442942/DE/Migration/Forschung/Ergebnisse/Migrationsberichte/migrationsberichte-node.html?nnn=true). Als Broschüre ist er ab Ende März bestellbar.

### +++ Jahresbericht des Hohen UN-Kommissar für Menschenrechte

Im Anschluss an die Weltkonferenz über Menschenrechte, hat der Hohe UN-Kommissar für Menschenrechte seinen Jahresbericht (A/HRC/13/26) veröffentlicht, in dem er sich erfreut über den zunehmenden Einfluss und eine erhöhte Wirksamkeit der Menschenrechts-Vertragsorgane äußert. Er betonte zudem die Wichtigkeit der Bekämpfung der Diskriminierung und die damit verbundene Verletzungen der Menschenrechte. Die OHCHR hatte daher das Thema "Embrace diversity, stop discrimination" für die Aktivitäten zum Human Rights Days 2009 gewählt. Zudem habe die OHCHR Frauenrechte und geschlechtspezifische Perspektiven in die Arbeit des Menschenrechtsrates eingebracht. Daher sei die Prüfung der Geschlechtergleichheit vor dem Gesetz, sowie die Müttersterblichkeit Gegenstand der 14. und 15. Sitzung des Menschenrechtsrates. Des Weiteren würde die OHCHR mit der anstehenden Überprüfung der Umsetzung der Beijing Platform of Action seine früheren Arbeiten zur Förderung und Schutz der Rechte der Frauen aufbauen und intensivieren. OHCHR unterstützte zudem weiterhin einen Menschenrechtsansatz, der die Einhaltung der Menschenrechte im Migrationsprozess in den Mittelpunkt stellt und den Einsatz der Menschenrechtsmechanismen zur Förderung und Schutz der Rechte von zugewanderten Frauen,

Männer und Kinder in allen Phasen des Migrationsprozess fördert. Dieses hat der OHCHR auch durch seine aktive Beteiligung an der Global Migration Group (GMG) verstärkt. Von Juli bis Dezember 2010 wird der OHCHR daher auch den rotierenden Vorsitz der GMG übernehmen. Auch die Bemühungen des letzten Jahres, die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommens über die Rechte der Förderung von Wanderarbeitnehmer und ihren Familienangehörigen voranzutreiben, möchte der OHCHR dieses Jahr, auch durch die Koordinierung des Lenkungsausschuss der Globalen Kampagne für die Ratifizierung des Internationalen Übereinkommen fortgesetzt.

**Mit einer Spende unterstützen Sie die Kontinuität unseres Kampfes für die Rechte und Unterstützung für von Menschenhandel und Gewalt betroffene Frauen.**

**Jede Spende hilft!**

**Spendenkonto:  
Evangelische  
Darlehensgenossenschaft eG  
Konto Nr.: 791 296  
BLZ.: 210 602 37**



**Spendentelefon:  
0900 - 1565381**

**(Bei einem Anruf werden direkt 5 EUR zugunsten des KOK e.V.  
von Ihrer nächsten Telefonrechnung abgebucht.)**

**Der KOK ist ein eingetragener gemeinnütziger Verein und stellt Spendenbescheinigungen aus.**

## RUBRIK WISSEN

---

### +++ Aktuelle Projekte des KOK e.V.

Der KOK ist in verschiedenen Projekten sowohl Kooperationspartner aber auch Projektkoordinator. Wir möchten Ihnen in diesem Newsletter über zwei aktuelle Projekte informieren:

#### **1. Start von COMP.ACT - European Action Pact for Compensation for Trafficked Persons**

Während der dreijährigen Projektlaufzeit sollen mithilfe konkreter Maßnahmen in den 13 beteiligten Partnerländern systematische Zugangsbarrieren zu Entschädigungszahlungen abgebaut, Entschädigung als Querschnittsthema in nationale und europäische Verfahrensweisen und Praktiken eingebracht und für von Menschenhandel Betroffene systematisch und nachhaltig zugänglich gemacht werden. Der KOK hat als Mitglied der Steuerungsgruppe am 14./15. Januar am ersten Treffen der Steuerungsgruppe dieser europaweiten Koalition teilgenommen. Das Projekt wird koordiniert von La Strada International und Anti Slavery International.

Im Rahmen des COMP.ACT-Projektes findet Ende Juni das erste Koalitionstreffen zusammen mit allen teilnehmenden Ländern in Prag statt. Schwerpunktthema wird neben dem Erfahrungsaustausch das Durchführen nationaler Bestandsaufnahmen sein. Darin sollen rechtliche Möglichkeiten sowie Hindernissen für Entschädigungsforderungen erfasst und daraus ableitend Unterstützungsmassnahmen zur Geltendmachung der Rechte der Betroffenen umgesetzt werden.

In Deutschland wird dieses Thema auch im Rahmen des Projektes „Zwangsarbeit heute: Betroffene von Menschenhandel stärken“ vom Deutschen Institut für Menschenrechte - DIMR mit der Unterstützung der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung und Zukunft“ bearbeitet, mit dem der KOK eng zusammenarbeitet.

In Kürze wird die COMP.ACT-Webseite über die aktuellen Entwicklungen informieren. Der KOK wird hierzu weiter berichten.

#### **2. Projekt „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“**

Bei diesem Projekt ist der KOK Projektkoordinator. Dem Thema Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung wurde durch das 37. Strafrechtsänderungsgesetz von 2005 und der Einführung des Straftatbestandes § 233 StGB – Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft – ein gesetzlicher Rahmen geschaffen. Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft war bis zu diesem Zeitpunkt nicht als eigenständiger Straftatbestand definiert. Erst seit Inkrafttreten der Norm im Jahr 2005 rückt nun das Thema Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung verstärkt in die Wahrnehmung der Fachöffentlichkeit.

In der Praxis der Fachberatungsstellen waren Fälle von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung auch schon vor der Einführung des neuen Straftatbestands bekannt. Trotz der gesetzlichen Änderungen im Strafrecht und der bestehenden Problematik in der Praxis ist jedoch auch fünf Jahre nach der Einführung des neuen Straftatbestandes der Kenntnisstand zur Ausprägung sowie zum tatsächlichen Ausmaß des Phänomens wissenschaftlich noch zu untermauern, da hierzu sowohl in der Wissenschaft als auch in der Praxis noch wesentliche Lücken bestehen. Auch Fragen zu eventuell bereits bestehenden oder benötigten Unterstützungsstrukturen sowie zum Opferschutz allgemein sind bisher nur mangelhaft zu beantworten. Die Aufarbeitung der bestehenden Defizite bezüglich valider Aussagen über den Ist-Zustand des Phänomens Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft sind von grundlegender Wichtigkeit zur Bekämpfung dieses Delikts und sollte im Sinne eines humanitären, opferschützenden Ansatzes vorangetrieben werden.

Als Grundlage der nationalen Politikentwicklung im Bereich des Menschenhandels zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft wurde vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales (BMAS) das folgende Projekt vergeben:

„Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“

Der KOK e.V. hat ein Angebot über die ausgeschriebene Leistung abgegeben und den Zuschlag zur Durchführung der Studie „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ erhalten.

Seit dem 01. Dezember des Jahres 2009 arbeitet der KOK zur bestmöglichen Erfüllung aller gestellten Aufgaben eng mit einer Reihe von ExpertInnen und Institutionen zusammen:

- Dr. Norbert Cyrus (auch stellvertretende Projektkoordination), Hamburger Institut für Sozialforschung
- Prof. Dr. Claudia Kestermann, Institut für Polizei- und Sicherheitsforschung, Hochschule für Öffentliche Verwaltung, Bremen
- Rechtsanwältin Katrin Inga Kirstein, Tätigkeitsschwerpunkt Opferentschädigungsrecht, Hamburg
- Helga Kröger, Kommunikationswissenschaftlerin, Berlin
- Heike Rabe, Projekt „Zwangsarbeit heute“, Deutsches Institut für Menschenrechte in Kooperation mit der Stiftung „Erinnerung, Verantwortung, Zukunft“, Berlin
- Prof. Dr. Joachim Renzikowski, Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg
- Rechtsanwältin Anette Schmidt, Tätigkeitsschwerpunkt Ausländer-/Asylrecht, Hamburg
- Bärbel Heide Uhl, Politikwissenschaftlerin, Vorsitzende der EU-ExpertInnenkommission zur Bekämpfung von Menschenhandel
- Dr. Dita Vogel, Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut

Diese führen deutschlandweite Erhebungen und Befragungen der relevanten Zielgruppen durch. Des Weiteren steht für das Projekt ein unterstützendes Fachgremium mit folgenden Mitgliedern zur Verfügung:

- Deutsches Institut für Menschenrechte, Berlin
- ver.di, Landesverband Hamburg
- Bundeskriminalamt, Wiesbaden
- Forum Menschenrechte, Berlin
- Bundesministerium für Familie, Soziales, Frauen und Jugend, Berlin
- OSZE/ODIHR, Warschau

Die Koordination des gesamten Projekts wird aus dem Büro des KOK e.V., in Person von Ulrike Gatzke, durchgeführt.

Das Ziel der Studie „Entwicklung tragfähiger Unterstützungsstrukturen für die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung“ ist zum einen die Durchführung einer Bedarfsanalyse, welche als Grundlage zur Weiterentwicklung rechtlicher, politischer sowie opferschützender Strukturen dienen soll. Zum anderen soll die Studie Empfehlungen zur Vernetzung verschiedener AkteurInnen zur Unterstützung von Betroffenen ermöglichen sowie zur Entwicklung effektiver präventiver Maßnahmen beitragen.

Das Projekt besteht insgesamt aus zwei Teilstudien, die einen engen Bezug zueinander aufweisen.

Der Titel der Teilstudie 1 (LOS 1) lautet:

„Studie zum Erhalt fundierter Erkenntnisse über die Vorkommensweise und Häufigkeit sowie die rechtliche Einordnung des Phänomens Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung in Deutschland“

In dieser Teilstudie sollen Erkenntnisse in drei zentralen Themenstellungen gewonnen werden. Es sollen erstens fundierte Erkenntnisse über die Vorkommensweise und Häufigkeit des Phänomens Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft erarbeitet werden. Zweitens soll eine Untersuchung der polizeilichen, straf-, arbeits-, sozial- und verwaltungsgerichtlichen

Verfahren im Bereich der Arbeitsausbeutung mit dem Ziel der Verbesserung einer möglichen Durchsetzung rechtlicher Ansprüche in der Praxis durchgeführt werden. Drittens soll eine Rechtsanalyse der geltenden Vorschriften mit Blick auf die Optimierung des Opferschutzes im Bereich des Menschenhandels zur Arbeitsausbeutung erstellt werden.

Der Titel der Teilstudie 2 (LOS2) lautet:

„Studie zur Erarbeitung möglicher Kooperationsstrukturen auf Bundesebene und Entwicklung eines Konzeptes der Präventions- und Informationsarbeit im Bereich Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung“

Die Detailaufgaben dieser Teilstudie sind zum einen die Erarbeitung eines umsetzungsorientierten Konzeptes zur Entwicklung tragfähiger Vernetzungs- und Kooperationsstrukturen der für den Opferschutz relevanten Institutionen und öffentlichen Stellen. Hierbei werden in die Analyse auch Vernetzungen mit internationalen Organisationen aufgenommen. Zum anderen soll ein Konzept der Präventions- und Informationsarbeit entwickelt werden, um sowohl die Betroffenen von Menschenhandel zur Arbeitsausbeutung mit Informationen zu erreichen als auch die Öffentlichkeit für das Thema zu sensibilisieren.

Die durchgeführten Untersuchungen haben insgesamt zum Ziel, einen umfassenden Ist-Stand zum Phänomen Menschenhandel zum Zweck der Arbeitsausbeutung in Deutschland zu erheben. Das Endprodukt wird eine Studie sein, die alle genannten Teilbereiche zusammenführt und so einen fundierten und aktuellen Überblick über die aktuelle Situation in Deutschland und Empfehlungen für die Zukunft in Bezug auf Menschenhandel zum Zweck der Ausbeutung der Arbeitskraft gibt. Die Projektbeschreibung ist unter folgendem Link abrufbar:

[www.kok-buero.de/data/Medien/Studien/KOKBMASProjektbeschreibung10122009\\_2\\_.pdf](http://www.kok-buero.de/data/Medien/Studien/KOKBMASProjektbeschreibung10122009_2_.pdf)



**KOK - Bundesweiter Koordinierungskreis gegen Frauenhandel und Gewalt an Frauen im Migrationsprozess e.V.**  
Kurfürstenstr. 33  
10785 Berlin, Germany  
Tel.: 030 / 263 911 76 Fax: 030 / 263 91186  
e-mail: [info@kok-buero.de](mailto:info@kok-buero.de) Internet: [www.kok-buero.de](http://www.kok-buero.de)

**Geschäftszeiten: Montag – Donnerstag von 10:00 - 13:00 Uhr**

**Die Arbeit des KOK wird gefördert vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ)**